



Wartburg-Kurier

Zum Geleit



Liebe Leserinnen und Leser,

wer hätte am Reformationstag 2021, dem Erscheinungstag unseres letzten „Wartburg-Kuriers“, daran gedacht, dass wir zu Ostern im Krieg sein werden. An Ostern feiern wir die Auferstehung unseres Herrn Jesus Christus. Durch seinen Tod und Auferstehung hat er uns von unseren Sünden befreit und das Tor zum Ewigen Leben aufgesperrt. *„Christ ist erstanden von der Marter allen. Des soll’n wir alle froh sein, Christ will unser Trost sein. Kyrieleis.“* So lautet eines der ältesten Lieder deutscher Sprache, ein Osterchoral aus dem 9. Jahrhundert. *„Wär er nicht erstanden, die Welt, die wär vergangen. Seit dass er erstanden ist, so loben wir den Herrn Jesu Christ, Kyrieleis.“* **An Ostern hat uns Jesus Christus vom Tod errettet. Wir dürfen im Vertrauen auf unseren Herrn in die Zukunft blicken und rufen: Herr, erbarme dich.**

Dieser Krieg ist kein Heiliger Krieg, es wird ein Danach geben und hoffentlich sind die bis dahin angerichteten Schäden nicht so groß, dass wir einer völlig neuen Weltordnung bedürfen. Dieser Krieg ist ein Bruderkrieg, in dem orthodoxe Christen orthodoxe Christen ermorden. Auch Metropolit Kyrill I. ruft inzwischen zum Frieden auf, in russischen Gemeinden werden Hilfsgüter für die ukrainischen Geschwister gesammelt, aber bei der russischen Führung ist das noch nicht angekommen. Die Kriegsziele verwischen immer mehr, je länger das Töten anhält. Der russische Präsident hat es in der Hand, Ostern zum Anlass zu nehmen, mindestens eine Waffenpause, wenn nicht das Ende der „Besonderen Militäraktion“ zu verkünden. Ob die beiden Völker danach eine neue Form des Miteinander finden, ist allerdings aus heutiger Sicht schwer vorstellbar.



Krieg in Europa – diesen Gedanken hatten viele von uns schon geraume Zeit nicht mehr für möglich gehalten. Das hatte Auswirkungen auf unsere Verteidigungsfähigkeit. Ciceros Weisheit: Wenn Du den Frieden willst, dann bereite den

Krieg vor, die einer Faustfeuerwaffe ihren Namen gab, schien schon lange nicht mehr zu gelten. Nun ist sie neu entdeckt. 100 Milliarden Euro für die Modernisierung und Bewaffnung der Bundeswehr, Ertüchtigung des Zivilschutzes, ja selbst eine Debatte über die Wiedereinführung der Wehrpflicht drängen auf die Tagesordnung und sind in unterschiedlichen politischen Lagern grundsätzlich nicht mehr strittig.



Der Konflikt, den Russland vom Zaum gebrochen hat, wird unsere zukünftige Welt nachhaltig verändern. Die NATO ist plötzlich von existentieller Bedeutung für die europäischen Völker. Wir sind froh, dass wir dazu gehören.

Der Krieg hat millionenfaches Leid über die Menschen in den Kampfgebieten gebracht. Wieder gibt es riesige Flüchtlingsströme. Besonders leiden die Jüngsten, Kinder und Jugendliche, deren Lebenschancen auf dem Spiel stehen. Sie sind die Schwächsten in der Kette, ihnen muss unsere erste Sorge

(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt dieser Ausgabe:

Gottes Segen zum Osterfest	2	EAK Sachsen-Anhalt wählt neuen Landesvorstand ...	6
CDU – wofür steht das „C“ im Namen?	3	Politik aus christlicher Verantwortung	7
70 Jahre Evangelischer Arbeitskreis	3	Europäische Union – Weltmacht der Demokratie ...	11
Großes IDEA-Interview: „Das ‚C‘ ist kein Wohlfühlfaktor, sondern ein Stachel	4	Ukraine Hilfe konkret	12
		Wir über uns	14

(Fortsetzung von Seite 1)

gelten. Ich freue mich, dass in vielen Gemeinden hier in Thüringen, in den anderen Ländern der Bundesrepublik, aber auch in den Nachbarstaaten im Osten, Westen, Süden und Norden der Gedanke der Soli-

darität, der Nächstenliebe großgeschrieben wird. Vielerorts sind Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises ganz vorn dabei. Tätige Hilfe ist das, was jetzt am dringendsten gebraucht wird. Erich Kästner prägte den Satz: "Es gibt nichts Gutes, außer man tut es".

Ich wünsche Ihnen allen ein gesegnetes, friedvolles Osterfest. Helfen Sie mit, dass die Botschaft von Ostern wieder mehr Raum einnimmt in unserer heutigen Welt.

Ihr
Prof. Dr. Jens Goebel

Gottes Segen zum Osterfest

von Johannes Haak, Superintendent a.D.



Johannes Haak

Dieses Jahr freue ich mich besonders auf Ostern. Das hat Gründe. Im Privaten. Und in der Welt. Ostern - das größte Fest, das Christen feiern. Am Sonntag. Ostern. Da ist nur Leben. Staunen und Zuversicht. Hoffnung. Manchmal ganz klein. Aber alles Große beginnt ja bekanntlich im Kleinen. Christen bekennen: „Der HERR ist auferstanden...“

Dabei gilt. Die Welt und all das Elend auf ihr ist nicht ausgeblendet. Das Leiden in den Kriegsgebieten. Die Menschen im zerbombten Mariupol und den Kriegsregionen der Welt. Die Not der Menschen nach sicherem Ein- und Auskommen. Und die Tyrannei der Despoten, die Elend über Menschen säen. Durch Kriegstreiberei und Missachtung von

Menschenrechten. Von Russland bis Guantanamo. Und von Nordkorea bis Simbabwe. Wie bin ich dankbar, in einer freiheitlichen Demokratie zu leben. Möge sie wehrhaft sein und bleiben.

Trotzdem spüren Menschen, wie fragil ihr Leben ist. Bedroht von vielen Seiten. Nicht nur in den vergangenen Monaten. Und welchen Stellenwert irdische Sicherheiten haben. Ganz leicht zerbrechen sie. Von einem Tag auf den anderen. Ich habe in den vergangenen Monaten mitunter an die mutigen Frauen denken müssen. Die Frauen, die zum Grab des Gekreuzigten gehen. Ja Frauen waren es, die einfach mutiger waren. Am Morgen des Ostertages. Ratlos sind sie und müde. Fragend, was sollen wir nur tun? Von den Ereignissen des Lebens bitter enttäuscht. Gezeichnet.

Doch was sie am Ostermorgen erleben, verändert ihr Leben. Sie fragen und suchen nach Worten. Bis sie bekennen: **Der HERR ist auferstanden. Zuerst ganz leise. Und dann laut**

und kräftig. Voller Zuversicht be-kennend. Und ihre Worte haben den Weg zu uns gefunden: Jesus Christus ist auferstanden. Das Dunkel hat ein Ende. Licht scheint hell in diese Welt. Der schöne Ostertag ist da. Die Nacht ist vergangen. Der HERR geht mit uns durchs Leben. Und jetzt heißt es, hoffend und liebend durchs Leben gehen. Selbst wenn es einem Ende entgegengeht. Er kommt uns doch entgegen. Das bleibt. Ewig.



Christen rund um das schöne Erdenrund glauben und bekennen: Der HERR ist auferstanden - ER ist wahrhaftig auferstanden.

Und so werde ich in der Feier der Heiligen Osternacht aufstehen und in der Dunkelheit der Kirche hören.

Den dreimaligen Ruf: „Christus das Licht der Welt.“ und die gesungene Antwort: „Dank sei Gott.“ So wird das Licht der Auferstehung die Dunkelheit der Welt zerbrechen. Und ich werde einstimmen aus ganzem Herzen und mit kräftiger Stimme in

den alten Choral: „Christ ist erstanden... . Christ will unser Trost sein. Kyrieleis.“ Das werde ich singend bekennen. Dankbar und mit frohem und demütigem Herzen. **Denn: Dieses Jahr freue ich mich besonders**

auf Ostern. Bleiben Sie behütet und Gott befohlen! Es wird Ostern.

**Shalom
Ihr Johannes Haak**

Christlich Demokratische Union – wofür steht das „C“ im Namen?

von Jens Goebel, Landesvorsitzender des EAK Thüringen



Für Christen wurzelt eine Grundvoraussetzung der Demokratie, die unantastbare Würde jedes einzelnen Menschen, in dessen Gottebenbildlichkeit. Daraus erwächst für jeden Christen die Verpflichtung unser demokratisches Gemeinwesen mitzugestalten und gegen seine Feinde zu verteidigen. Diese Grundüberlegung stand bei der Gründung der CDU 1945 nach Krieg und Zerstörung für die neue Partei Pate. Sie ist die Basis für das Verständnis von Pluralität der Gesellschaft und für einen Grundrechtskanon, wie ihn unser Grundgesetz darstellt.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes waren noch viel stärker persönlich durch den christlichen Glauben geprägt als die heutigen Menschen, sie sahen sich aus ihren Glaubensüberzeugungen heraus in Verantwortung für das Gemeinwesen und begriffen die Grundwerte der modernen Gesellschaft: Freiheit, Solidarität und Verantwortung des Einzelnen und der Gemeinschaft aus ihrem christlichen Glauben. Das ist heute anders. Kaum mehr die Hälfte unserer Gesellschaft weiß noch um die Bedeutung von Weihnachten, Ostern und Pfingsten, die christlichen Kirchen sind Organisationen unter vielen, ihre moralischen Wertvorstellungen werden kritisch hinterfragt, die Mehrheit der Menschen lehnt eine Sonderrolle der Kirchen ab. Und doch prägen sie noch in vielen Bereichen unser Leben. Der größere Teil der sozialen Einrichtungen wird kirchlich verantwortet, in CDU-geführten Bundesländern ist die Bildungspolitik erfolgreicher, was den Ruf verstärkt, sie bundeseinheitlich zu gestalten. Ob sie dadurch besser würde, steht dahin. Die Grundwerte unserer Verfassung stehen für die übergroße Mehrheit ausdrücklich nicht zur Disposition. Sie fußen aber auf einer christlich-abendländischen Tradition, welche die Werte der Aufklärung ebenso umfasst, wie die historischen Leistungen von Juden und Atheisten. Dieses reiche geistige Erbe ist auch die Grundlage der Gesellschaft von morgen. Dazu gehören konstitutiv die christlichen Werte der Zehn Gebote und die christliche Sozialethik, aber auch die Überzeugung von der Fehlbarkeit und Endlichkeit unseres Menschseins. Wir werden das Himmelreich auf Erden nicht errichten und alle Heilslehren, die das in Aussicht stellen, sind zum Scheitern verurteilt. Da ist es besser, eben jenen christlichen Werten zu vertrauen: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit – wissend, dass wir sie nur unvollkommen leben können. Das gilt auch im Bezug auf die aktuelle Missbrauchsdebatte.

Für die CDU heißt das: es gibt keinen Grund auf das „C“ im Namen zu verzichten, im Gegenteil. Es ist Mahnung für eine verantwortliche Politik und eine humane Gesellschaft.

Der Evangelische Arbeitskreis wurde vor 70 Jahren gegründet

Vom 14. – 16. März 1952 fand in Siegen die von Hermann Ehlers initiierte Gründungsveranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) statt, zu der neben CDU-Delegierten aus allen Bundesländern auch Mitglieder der CSU aus Bayern eingeladen wurden. Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte in seiner Rede bei der Abschlusskundgebung die unverzichtbare Bedeutung des evangelischen Momentes in den auch schon damals überwiegend katholisch geprägten Unionsparteien hervorgehoben. Seit nunmehr 70 Jahren ist der EAK die evangelische Stimme in CDU und CSU, eine verlässliche Brücke zu den evangelischen Kirchen sowie ein unverzichtbares Grundsatzforum für alle gesellschaftlich und politisch relevanten Fragen des deutschen Protestantismus.

Dieser Ansatz stand auch an der Wiege des Thüringer Landesverbandes, der 1991 unter dem Motto „Die provozierende Kraft des C“ in der Reformationsstadt Schmalkalden aus der Taufe gehoben wurde.



Großes IDEA-Interview: „Das ‚C‘ ist kein Wohlfühlfaktor, sondern ein Stachel“

mit Thomas Rachel MdB, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU, Religionspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied im Rat der EKD



Thomas Rachel MdB (Copyright: Tobias Koch)

Lesen Sie hier das exklusive Interview der evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mit dem kirchen- und religionspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB (Mit freundlicher Genehmigung von IDEA)

IDEA: Herr Rachel, welche Schwerpunkte wollen Sie als religionspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion setzen?

Rachel: Mir geht es darum, die Rolle von Religion in Gesellschaft und Politik zu stärken. Ich sehe mit Sorge, dass der Anteil der Christen im Parlament genauso rückläufig ist wie in der Gesellschaft. Wir haben erstmalig einen konfessionslosen Bundeskanzler, und neben ihm gibt es im Regierungskabinett viele Mitglieder, die beim Amtseid auf den Gottesbezug verzichtet haben.

Was macht das in der Politik für einen Unterschied?

Der Gottesbezug, die Verantwortung vor Gott und den Menschen in der Präambel des Grundgesetzes, macht deutlich, dass sich Politik letztlich vor einer höheren Instanz verantworten muss. Das macht einen riesigen Unterschied. Es macht demütiger, weil man als Politiker dann weiß, dass man nur für die vorletzten Dinge zuständig ist.

Auf Ihrer Internetseite weisen Sie auf den Weltverfolgungsindex der christlichen Hilfsorganisation Open Doors hin. Warum ist Ihnen das Thema so wichtig?

Das Recht auf Religionsfreiheit ist ein fundamentales Menschenrecht. Deshalb trete ich für Religionsfreiheit weltweit ein. Das betrifft besonders verfolgte Christen, weil sie unter den Verfolgten die größte Gruppe bilden. Wir müssen solidarisch mit den Glaubensgeschwistern in der Welt sein. Das gilt selbstverständlich genauso für Angehörige anderer Religionen, etwa für die Uiguren in China.

Der Wunsch ist nachvollziehbar. Aber was kann ein einzelner Bundestagsabgeordneter schon für Verfolgte bewirken?

Zuerst: Aufmerksamkeit schaffen. Vor einigen Monaten habe ich zum Beispiel eine Unterschriftenaktion für die Bürgerrechtlerin Maria Kolesnikowa gemacht. Sie hat die De-

mokratiebewegung in Belarus angeführt und sitzt dafür im Gefängnis. Das Schlimmste, was Menschen, die von Diktatoren in Gefängniskeller eingesperrt werden, passieren kann, ist, dass sie in Vergessenheit geraten. Das Zweite: Wir können für die Menschen beten, die inhaftiert und gefoltert werden. Ein weiteres Beispiel: Ich habe bei der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte für den christlichen Konvertiten Mohammad Mosayebzadeh eine politische Patenschaft übernommen. Er wurde wegen Verbreitung des Christentums vom Islamischen Revolutionsgericht zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Nachdem ihn Sicherheitskräfte zusammenschlugen, verbüßt er nun im Evin-Gefängnis seine Haftstrafe. Auch dort geht es darum, dass der Druck der Weltöffentlichkeit nicht nachlässt. Ich habe Irans Präsidenten Ebrahim Raisi ebenso angeschrieben wie den Präsidenten von Belarus, Alexander Lukaschenko.

Haben Sie eine Antwort erhalten?

In beiden Fällen leider nein. Ich habe jedoch ein einstündiges Gespräch mit dem Botschafter von Belarus geführt und ihm mehrere Hundert Unterschriften überreicht. So mache ich das an vielen Stellen, und so habe ich als Schüler mit Politik angefangen. Meine erste Menschenrechtsaktion war für den DDR-Bürgerrechtler Nico Hübner. Er wurde wegen Wehrdienstverweigerung zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Erich Honecker zeichnete die Anklagepunkte gegen ihn persönlich ab. Nach 13 Monaten wurde Hübner in den Westen abgeschoben. Der öffentliche Druck hat gewirkt. Das erhoffe ich mir auch für die politischen Gefangenen in Ländern wie Belarus und dem Iran. Die jüngste deutsche Geschichte zeigt, dass sich Dinge grundlegend ändern können. Der Wunsch, frei leben zu können, ist so stark, dass er sich auf Dauer durchsetzen wird.

Unionspolitiker bemühen in ihren Reden gern das „christliche Menschenbild“. Was genau damit gemeint ist, wird dabei oft nicht so klar. Können Sie es erklären?

Es geht um eine Politik, die sich von der Hoffnungskraft des christlichen Glaubens und seiner Werte inspirieren lässt. Das sind die universal gültigen Werte des christlichen Menschenbilds, an denen wir uns orientieren. Darum sind wir keine „christliche Partei“, sondern eine Partei, die sich am christlichen Menschenbild orientiert.

Was ist der Unterschied?

Die CDU stellt den einzelnen Menschen als einzigartiges Geschöpf Gottes in den Mittelpunkt ihres politischen Wirkens. Christliche Werte bilden den Kompass, das Fundament unserer Orientierung. Das „C“ ist kein TÜV-Siegel, sondern ein „Stachel im Fleisch“, wie es der frühere Kirchentagspräsident Richard von Weizsäcker (CDU) mal formuliert hat. Dabei ist es in politischen Fragen auch immer wieder möglich, dass Christen in politischen Fragen zu unterschiedlichen Antworten kommen können. Was uns aber eint: Das C im Sinne der christlichen Verantwortung ist unser Identifikationskern – egal ob wir nun evangelisch, katholisch, freikirchlich oder – so wie meine Frau – orthodox sind. Die CDU ist eigentlich eine revolutionäre Bewegung, denn sie hat die Ökumene, die in den Kirchen erst Jahrzehnte später wuchs,

mit ihrer Gründung bereits vorweggenommen.

Andreas Rödder, Professor für Neueste Geschichte, schreibt: „Wenn die Union sich zum C bekennt, dann sollte sie über Parteitagsrituale hinausgehen. Denn wenn sie es als vom christlichen Erbe inspirierte allgemeinpolitische Grundlage ernst nimmt, dann ist das C mehr als ein Wohlfühlfaktor ... Das C hält sowohl Substanz als auch Unterscheidungskraft bereit. Eine Union, die sie selbst sein will, kann daraus zukunftsfähige politische Konzepte gewinnen, mit denen sie sich unterscheidet. Aber dazu muss sie ihr Erbe auch wirklich ernst nehmen.“

Ich schätze Herrn Rödder, aber hier unterliegt er einem Missverständnis. Das C war nie ein Wohlfühlfaktor, sondern es ist ein Stachel. Es ist herausfordernd, sein eigenes Denken und Handeln stets im Lichte der Verantwortung vor Gott und den Menschen zu hinterfragen und sich gegebenenfalls zu korrigieren.

Herr Rödder hat angeregt, über den Verzicht des C nachzudenken.

Das steht nicht zur Debatte! Damit würde die CDU sich selbst abschaffen.

Eine CDU ohne C wäre so, als ob Coca-Cola auf das Wort „Cola“ im Markennamen verzichten würde.

Ich möchte die CDU nicht mit Cola vergleichen. Es geht der CDU ja nicht um den Markennamen, sondern um unsere christliche Grundeinstellung. Es geht um das, was uns inhaltlich trägt.

Was Deutschland derzeit am meisten bewegt, ist Putins Angriff auf die Ukraine. Es scheint so, als sei auch die Union davon kalt erwischt worden.

Dass Putin einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg durchführen und in ein friedliches Land einmarschieren könnte, hat sich wohl keiner vorstellen können – auch von uns.

Keiner?

Vielleicht hat es irgendjemanden gegeben, aber er wäre die Ausnahme gewesen. Waren wir vielleicht zu naiv? Diese Frage müssen wir uns stellen.

Ihre Parteikollegin, die frühere Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, schrieb: „Ich bin so wütend auf uns, weil wir historisch versagt haben. Wir haben nach Georgien, Krim und Donbass nichts vorbereitet, was Putin wirklich abgeschreckt hätte.“

In meinen Augen haben wir Putin falsch eingeschätzt. Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Union ist in den letzten Jahren immer wieder für eine massive Erhöhung des Bundeswehretats eingetreten. Wir sind daran am damaligen Finanzminister und heutigen Bundeskanzler, Olaf Scholz, und an dem Veto seiner SPD gescheitert. Wer sich für die Bundeswehr eingesetzt hat, stand doch immer unter dem Verdacht, ein kalter Krieger zu sein. Dabei ging es uns doch immer nur darum, unsere Soldaten so auszurüsten, dass sie im Falle eines Falles einem Angreifer widerstehen können.

In der EKD warnen viele Theologen sowohl vor einer Aufrüstung der Bundeswehr als auch vor Waffenlieferungen an die Ukraine.

Ich glaube, dass die radikal-pazifistische Sicht gescheitert ist. Wehrhaftigkeit trägt dazu bei, Frieden zu gewährleisten. Wenn ein Aggressor seine Machtinteressen auf Kosten anderer Länder und deren Zivilgesellschaft durchsetzt, muss er daran gehindert werden. In der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 heißt es richtigerweise, dass die Möglichkeit gewaltloser Mittel immer Vorrang haben muss. Die Anwendung von Gewalt soll immer nur das allerletzte Mittel sein. Wenn ein Volk angegriffen und bombardiert wird, ist es mit christlicher Friedensethik vereinbar, diesem Volk zu helfen – und

zwar auch mit Waffen. Das sah schon Martin Luther so: Ein Christ im weltlichen Amte könne zum Wohle des Nächsten Gewalt anwenden, wenn es nicht anders geht, und zur Vermeidung noch größeren Übels.

Zu befürchten ist, dass von der Ukraine nicht viel mehr übrigbleibt als verbrannte Erde.

Das vorherzusagen wäre vermessen. Ich hoffe, dass Putin und seine Machtclique mit ihrem Versuch, die Ukraine zu überrennen und dort ihr Regime zu etablieren, scheitern werden. Wenn Putin nicht in die Reihe von Hitler und Stalin eingereiht werden möchte, sollte er das sinnlose Morden sofort beenden.

Das wird er nicht tun. Er wird weiterer Krankenhäuser und Wohnblöcke bombardieren lassen.

Das sind Kriegsverbrechen, und Putin wird das nicht mehr ewig machen können. Die ukrainischen Soldaten kämpfen für die Freiheit ihres Volkes und die Werte Europas und fügen der russischen Armee schwere Verluste zu. Es muss einen Waffenstillstand und eine Verhandlungslösung zwischen Russland und der Ukraine geben.

Tut Deutschland genug, um die Ukraine zu unterstützen?

Nein. Die Waffenlieferungen der Bundesregierung erfolgen nicht in dem angekündigten Umfang. Und wir sollten unsere Energieimporte

aus Russland zügig reduzieren, um Putins Krieg nicht länger zu finanzieren. Das alles stößt in der Ukraine auf riesiges Unverständnis. Dazu kommt das Chaos in der Flüchtlingsaufnahme. Polen macht es hervorragend und hat mittlerweile 2,5 Millionen Ukrainer aufgenommen. Sie werden an der Grenze registriert und verteilt. Warum orientiert sich die Bundesregierung nicht daran? Zudem gibt es vom Bund immer noch keine präzisen Kostenzusagen für die Kommunen – hier versagt die Bundesregierung.

Vielen Dank für das Gespräch!



Der Evangelische Arbeitskreis Sachsen-Anhalt wählt neuen Landesvorstand

Das „C“ gehört zum zentralen und unverzichtbaren Markenkern der CDU –das christliche Menschenbild ist die Basis für christdemokratische Politik

Mit einem eindeutigen Bekenntnis zum christlichen Menschenbild als der Basis für christdemokratische Politik machte der neugewählte Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Sachsen-Anhalt, der Magdeburger Landtagsabgeordnete Stephen Gerhard Stehli, deutlich, dass das „C“ im Namen der Christlich-Demokratischen Union zum unverzichtbaren Markenkern der CDU gehört. „Die bisherige politische Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist zu einem wesentlichen Teil ein Ergebnis der Umsetzung des christlichen Menschbildes in gesellschaftlicher Verantwortung“, so Stehli in einem Grundsatzvortrag zur Wahrnehmung christlicher Verantwortung für unsere Gesellschaft auf der Mitgliederversammlung des EAK Sachsen-Anhalt am 05.02.2022 in Magdeburg. Gerade durch das Konzept des christlichen Menschbildes, das dem Menschen in seiner Erkenntnisfähigkeit ebenso wie seiner Fehlerhaftigkeit unmittelbar entspricht, kann in der Politik auch menschlich angemessen gehandelt werden. Damit kann die CDU interessierte Menschen aller christlichen Konfessionen ebenso wie anderer Religionen oder auch Menschen ohne persönliche christliche Bindung, die ein solches Menschenbild mittragen, zur aktiven gestalterischen Mitwirkung und inhaltlichen Mitbestimmung einladen.

Auf der diesjährigen Mitgliederversammlung wurde der bisherige Landesvorsitzende Jürgen Scharf nach dreißigjähriger Leitungstätigkeit verabschiedet. CDU-Landesvorsitzender Sven Schulze und Generalsekretär Mario Karschunke würdigten das langjährige und erfolgreiche Engagement Scharfs. Nicht zuletzt aufgrund seiner Funktion als ehemaliger Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag von Sachsen-Anhalt, gelang es ihm den EAK in Sachsen-Anhalt seit seiner Gründung ausgeglichen und konstant zu führen. Der Einsatz von Jürgen Scharf, so der Landesvorsitzende, war in Partei wie im vielfältigen Ehrenamt stets vorbildlich und richtungsweisend.

Politik aus christlicher Verantwortung

von Justizminister a. D. Dr. Ulrich Born, Mitglied des EAK-Landesvorstands Thüringen

„Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Ihre Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Wir wissen, dass sich aus dem christlichen Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten lässt.“ So scheinbar klar und eindeutig beginnt die Präambel des Grundsatzprogramms der CDU.

Gerade in einem Bundesland, in dem jahrzehntelang Atheismus staatlich propagiert wurde und eine deutliche Bevölkerungsmehrheit zumindest nicht mehr kirchlich gebunden ist, mag man unter rein machtpolitischen Aspekten schon die Frage stellen, ob das „C“ im Parteinamen noch zeitgemäß sei, so wie man in den Jahren 1988 und 1989 von Seiten sozialistischer Politiker Überlegungen hören konnte, das Wiedervereinigungsgebot aus der Präambel des Grundgesetzes zu streichen, weil es nicht mehr zeitgemäß sei.

Grundüberzeugungen nicht zur Disposition stellen

Wer aber seine Grundüberzeugungen zur Disposition stellt, verwirkt den ethischen und moralischen Anspruch auf politische Machtausübung.

Für Christen verbietet es sich von selbst, Grundüberzeugungen und damit auch das christliche Menschenbild auf dem Altar politischer taktischer Erwägungen zu opfern.

Das schließt das Bewusstsein ein, dass Christen in politischer Verantwortung unter Umständen der Zeitgeist kräftig ins Gesicht bläst, was sich durchaus in Wählerstimmen und -prozenten niederschlagen kann.

Aus seinem Verständnis von den zwei Reichen heraus hat Martin Luther die Christen ermuntert, sich allem was dazu dient, die Schöpfung Gottes zu bewahren und in Frieden und guter Ordnung zu halten, zu beteiligen. Solcher Dienst an der Welt sei ein rechter Gottesdienst.

Aber wie konkret soll denn nun christliche Politik gestaltet werden?

Etwa nach der Bergpredigt? Auch dazu gibt *Martin Luther* in seiner Schrift „Von weltlicher Obrigkeit“ eine klare Antwort:

„Denn der Bösen sind immer viel mehr als der Frommen. Darum ein ganzes Land oder die Welt sich unterwinden mit dem Evangelium zu regieren, das ist eben, als wenn ein Hirte in einem Stall zusammentäte Wölfe, Löwen, Adler, Schafe und

ließe ein jegliches frei unter dem andren gehen und spreche: Da weidet euch und seid fromm und friedsam untereinander – der Stall steht offen, Weide habt ihr genug. Hunde und Keulen dürft ihr nicht fürchten. Hier würden die Schafe wohl Frieden halten und sich friedlich lassen weiden und regieren, aber sie würden nicht lange leben noch kein Tier vor dem anderen bleiben.“ Und an anderer Stelle sagt er: *„Das Schwert ist kein Fuchsschwanz.“*

Es bleibt dabei, als evangelische Christen können und wollen wir uns der Welt nicht entziehen.

Jeder ist aufgerufen, entsprechend seinen Fähigkeiten, seinen Möglichkeiten an der Gestaltung einer am christlichen Menschenbild orientierten Zukunft mitzuwirken. Dabei stehen wir nicht außerhalb, sondern mitten im Geschehen und sind auch seinen Regeln unterworfen.

Dr. Ulrich Born



Geboren 1950 in Barntrup/Lippe; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Marburg und München; nach dem 1. Juristischen Staatsexamen zusätzlich Studium der Verwaltungswissenschaften in Speyer, danach 2. juristisches Staatsexamen;

Akademischer Rat an der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth und Promotion zum Dr. iur., seit 1983 Rechtsanwalt.

1984 bis 1988 verschiedene Tätigkeiten bei der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, danach bis 1989 Büroleiter der Chefs des Presse- und Informationsamtes und Sprecher der Bundesregierung, Friedhelm Ost und Hans Klein; von Mai bis September 1990 juristischer und politischer Berater der CDU/DA-Fraktion der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR.

1990 bis 1992 erster Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Mecklenburg-Vorpommern; 1994 bis 2006 und 2009 bis 2011 Mitglied des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern, u.a. Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion; bis 2009 Kreistagspräsident von Nordwestmecklenburg; danach Geschäftsführer der TU Ilmenau Betriebsgesellschaft GmbH.

Bis Dezember 2008 Landesvorsitzender des EAK Mecklenburg-Vorpommern; von 2001 bis 2012 Mitglied der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs; seit März 2014 Mitglied der Synode des Kirchenkreises Erfurt und deren Präses; Beisitzer im Landesvorstand des EAK Thüringen.

Wer im Sinne Luthers im regierenden Tun einen Gottesdienst an dieser Welt sehen kann, muss auch bedenken, mit wie wenig gerechten Mitteln Staatsgebilde oft zustande kommen, Wahlkämpfe geführt und Regierungen gebildet werden, wie Machtinteressen einzelner und von Gruppen, List und persönliche Eitelkeit trotz aller wohlklingenden ethischen Grundsätze hinter den Kulissen eine Rolle spielen.

Auch ein Christ kann als Politiker oftmals höchstens das zweitbeste, oder gar nur das dritt- oder viertbeste Ergebnis erreichen. Doch er muss zu denen gehören, die mit aller Leidenschaft das bessere tun wollen und nicht zu jenen, die sich zynisch oder resigniert mit dem abfinden, was nun einmal üblich ist. Wer aber da hineinverflochten ist, kann nicht ohne Mitschuld bleiben.

Andererseits: Politische Führung kann und darf nicht heißen, dass die vom Wähler in die Verantwortung Berufenen - sei es in der Regierung oder in der Opposition - ständig mit Ängstlichkeit darauf sehen, womit sie wohl jeweils den größten Beifall beim Publikum finden könnten. Wer so handelt, wird seiner Verantwortung nicht gerecht sondern verrät sie. Gerade im Zeitalter der Demoskopie gilt es sich dies immer wieder bewusst zu machen.

Als Christen haben wir die manchmal auch unbequeme Pflicht, für das einzutreten, was wir nach gewissenhafter Prüfung für das Richtige halten. Wenn es Beifall bringt, umso angenehmer, doch der Beifall darf nicht das entscheidende Kriterium sein.

Politische Führung in der Parlamentarischen Demokratie heißt Führung durch Überzeugung. Hier sollten manche Politiker den Bürgern durchaus mehr zutrauen. Viele, die vom sogenannten "mündigen Bürger" reden, haben jedenfalls in der

politischen Praxis oftmals offenkundig recht wenig Vertrauen in diese Mündigkeit des Bürgers. Wer wagt es heutzutage noch, vor die Bürger zu treten, die Lage offen und klar zu schildern und unbequeme Konsequenzen auszusprechen? Hängt die große Zahl von Bürgerinitiativen nicht vielleicht auch gerade damit zusammen, dass sich viele Bürger im politischen Alltag nicht mehr ernst genommen fühlen?

Christen und Politik, das ist gewiss eine schwierige Gradwanderung. Manche scheinen da jedoch recht unbekümmert zu sein. So erschien im Jahre 1976 im Lutherschen Verlagshaus Hamburg ein Band unter dem Titel „Müssen Christen Sozialisten sein?“

Aber wie halten wir es als politisch engagierte evangelische Christen denn nun mit den Ideologien unterschiedlichster Ausprägung?

Das Verhältnis des Christen zu jeder Form von Ideologie hängt mit seinem Freiheitsverständnis zusammen. Die dogmatische Grundhaltung des Marxismus verhält sich zum Christentum, zum liberalen und christlichen Freiheitsbegriff wie Wasser zum Feuer.

Eine Synthese von Christentum und Marxismus - gleichgültig in welcher Spielart - ist nach meiner Überzeugung nicht möglich. **Die Freiheit eines Christenmenschen ist nur dort dauerhaft zu verwirklichen, wo keine Ersatzreligion und keine Ideologie Anspruch auf die Persönlichkeit des Menschen erheben.**

Ohne Verantwortung kann es allerdings auch keine Freiheit geben. Andererseits gibt es auf Dauer ohne Freiheit auch keine menschliche Verantwortung. Ein lückenloses Geflecht von Gesetzen und Verordnungen, von Programmen und Wertvor-

stellungen für jede denkbare Situation verhindert die Freiheit und Möglichkeit verantwortlich zu handeln.

Unsere gesamte Rechts- und Verfassungsordnung ist nicht auf eine Bindungslose, sondern auf eine gebundene, verantwortete Freiheit angelegt. Unsere Form der Marktwirtschaft ist eben keine ordo-liberale, sondern eine sozial-verpflichtete Marktwirtschaft.

Der *Apostel Paulus* zeigt uns im 2. Timotheus Brief, Kapitel 1 Vers 7 die Grundlage auch für unser politisches Handeln als Christen auf: *„Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit.“*

Das ist eine wunderbare Feststellung: Gott hat uns Menschen mit Geist ausgestattet. Das zeichnet den Menschen von allen Kreaturen in besonderer Weise aus. Und was für ein Geist. Geradezu unglaublich! Statt mit Furcht - mit Kraft, Liebe und Besonnenheit. Alles, was wir als Menschen zum Leben brauchen, ist uns mit diesen Gaben geschenkt. Was aber machen wir mit diesem Geschenk, nutzen wir oder missachten wir es?

Wenn wir mit den uns anvertrauten Talenten des Geistes wuchern, um Gottes Willen umzusetzen, dann können wir eine ganze Menge bewegen, jeder an seinem Platz, in der Familie, im Beruf, nicht nur an Sonn- und Feiertagen, sondern vor allem im ganz „normalen“ Alltag. Und das gilt auch und gerade für Politik aus christlicher Verantwortung.

Um nach Gottes Willen handeln zu können, brauchen wir allerdings wahrlich enorme Energie. Dafür brauchen wir die Geistesgabe der Kraft. Der *Apostel Paulus* ruft uns zu: Gott hat uns den Geist der Kraft

anstelle der Furcht verliehen. Wenn wir auf ihn vertrauen, uns darauf wirklich einlassen, dann sind wir stark.

Die uns verliehene Kraft wäre allerdings ein stumpfes Schwert, wenn uns nicht auch gleichzeitig die Gabe der Liebe geschenkt wäre. Allein die Liebe, die uns Gott zeigt, versetzt uns in die Lage, diese Liebe weiterzugeben und damit die uns geschenkte Kraft sinnvoll einzusetzen.

Und nicht minder wichtig ist gleichsam als Korrektiv zur Kraft, die Besonnenheit. Sie bewahrt uns davor, blind in unserer Welt umherzutappen.

Wir sind mit diesen Talenten „Kraft, Liebe, Besonnenheit“ von Gott ausgestattet, nicht um sie festzuhalten, sondern um sie in seinem Sinne einzusetzen. Wie schwer wir uns damit tun, vor allem, wenn es ganz konkret wird, weiß jeder, der sich darauf einlässt, nur allzu gut.

Es wäre doch alles viel einfacher, wenn wir uns mit dem Bemühen, nach Gottes Willen zu leben und zu handeln, auf die Sonntage oder allenfalls noch Gottesdienste oder Andachten zu besonderen Anlässen beschränken könnten. Dann aber verhielten wir uns wie der böse und faule Knecht, der die ihm anvertrauten Talente vergräbt, anstatt mit ihnen zu wuchern. **Wir sind gerade dort gefordert, wo es unserer Natur scheinbar zuwiderläuft, wo es unangenehm wird, wo wir Mut zum Bekennen brauchen, auch wenn wir dafür belächelt oder verspottet werden oder auf heftigen Widerstand stoßen.**

Aber können wir der Verantwortung, die Gott uns mit den Geistesgaben Kraft, Liebe, Besonnenheit auferlegt hat, überhaupt gerecht werden?

Angesichts des schreienden Unrechts in der Welt, angesichts des Unfriedens bei uns und überall, angesichts Hungers, Not und Elend, Millionen von Flüchtlingen weltweit, ja auch angesichts knapper Haushaltskassen und sozialer Verwerfungen - stehen wir nicht hilflos und ohnmächtig da, wenn wir ernsthaft versuchen, Gottes Willen zur Richtschnur unseres Handelns zu machen?

Müssen wir nicht fürchten, kläglich zu scheitern?

Paulus weiß um unsere Unzulänglichkeit. Er kennt Not und Elend dieser Welt. *Unserem Zweifeln, unserm Kleinglauben setzt er entgegen: Gott hat uns nicht den Geist der Furcht, sondern den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit gegeben, damit wir diesen Geist nach unseren Möglichkeiten nutzen.* Das erfordert bedingungslosen, konsequenten, mutigen und entschlossenen Einsatz. Wir können nicht einfach aus der Bibel ablesen, wie einzelne Gesetzesformulierungen zu lauten haben, wie konkrete politische Entscheidungen zu treffen sind. Gott hat uns eben nicht als stumpfe, seelenlose Rechenmaschinen, sondern als mit einem Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit vernunftbegabte Wesen ausgestattet, die eigenverantwortlich denken und handeln können und dabei um die besten Lösungen für unsere alltäglichen, zumeist von Menschen selbst hervorgerufenen Probleme ringen müssen.

Mit den Geboten, dem Evangelium, ja der ganzen Heiligen Schrift hat er uns eine klare Richtschnur an die Hand gegeben. **Gott hat uns die Gabe verliehen, Laufen zu können. Die Füße bewegen müssen wir alldings schon selbst.** Oder wie es Johann Wolfgang von Goethe so schön ausgedrückt hat: *Gott gibt*

uns Nüsse, aber er knackt sie nicht auf.

Aber wir müssen uns auch nicht überheben, denn wir haben Gottes Zusage, dass wir an der uns auferlegten Verantwortung, selbst wenn wir sie als Last empfinden, nicht zerbrechen. Wenn wir unsere Geistesgaben nutzen, mit unseren Talenten wuchern, dann brauchen wir uns nicht auch noch um die Früchte unseres Tuns zu sorgen. Denn, *„es ist genug, dass jeder Tag seine eigene Plage hat.“ (Matthäus, 13 Vers 34).*

Die Frage lautet, bin ich persönlich denn wirklich bereit, denen zu helfen, die sich selbst nicht helfen können? Bin ich selbst bereit, der Gemeinschaft wirklich zu dienen und zu opfern?

1. Als politisch handelnde evangelische Christen müssen wir dafür eintreten, dass nicht der Skrupellose und der Rücksichtslose Vorfahrt erhält, sondern der, der Rücksicht nimmt, der die Ehre seines Nächsten achtet, der seine Arbeit ordentlich erledigt, der bei seiner Preisgestaltung den Kunden als Menschen und nicht als Geldleistungsautomaten behandelt.

2. Wir benötigen Bürgerinitiativen, die sich nicht durch Randalieren und brutales Durchboxen von eigennützigem Interessen auszeichnen, sondern die sich der Nachbarschaftshilfe, der Hilfe für behinderte Menschen, der Umsorgung für Kinder und Geborgenheit für alte Menschen, dem Eintreten für das Allgemeinwohl verpflichtet fühlen. So wie es tausende von ehrenamtlich Tätigen ganz aktuell tun, um in unser Land geflüchteten Menschen konkret zu helfen.

3. Christen haben die Pflicht, Unterdrückung auch dann beim Namen zu nennen und öffentlich zu

brandmarken, wenn uns Entspannung und der Abbau von Konflikten lieber wären.

4. Wir müssen deutlich machen, dass der Missbrauch von Sozialleistungen die Gemeinschaft schädigt und damit zutiefst unsozial ist, dass Steuerehrlichkeit keine Dummheit, sondern eine Tugend ist.

5. Wenn wir wirklich politisch Verfolgten eine neue Heimat bieten wollen, dann müssen wir auch sicherstellen, dass der Missbrauch dieses Angebots zur Hilfe nicht so ausufert, dass sowohl die Hilfsbereiten wie auch die wirklich Verfolgten darunter so zu leiden haben, dass echte Hilfe für die Bedürftigen nahezu unmöglich wird.

6. Leitmotiv für Handeln aus christlicher Verantwortung kann nicht sein, über die eigenen Verhältnisse - als einzelner, als Gruppe, als Generation oder als Volk zu leben. Besonnenheit, Disziplin und Selbstbeschränkung müssen wieder als Tugenden anerkannt werden.

7. Der verantwortliche Umgang mit den uns geschenkten Ressourcen, mit unserer Umwelt, ist auch eine Frage unseres christlichen Welt- und Menschenbildes. Wir müssen sagen, dass Energieverschwendung verantwortungslos ist,

weil sie auf Kosten unserer Kinder und Enkel betrieben wird.

Freiheit verantwortlich gestalten

Jeder muss für sich und an seinem Platz die ihm geschenkte Freiheit so praktizieren, dass er vor seinem Nächsten und vor seinen Kindern und damit letztendlich auch vor seinem Schöpfer bestehen kann. Die Freiheit, die wir verantwortlich gestalten wollen, geht auf Dauer verloren, wenn ein moralisches Vakuum entsteht, in das andere, inhumane, totalitäre Gedankensysteme sich hineindrängen - mit der Faszination, die derartige Ideologien nun einmal auszeichnen.

Das Subsidiaritätsprinzip knüpft an dieser Verantwortung an. Der Mensch wird nicht als rechtloser Untertan sondern als von Gott mit Vernunft ausgestattetes Geschöpf ernst genommen.

Politik in christlicher Verantwortung kann nicht der Staat erzeugen

Sie muss vom Menschen selbst kommen. Aus seinem innersten Wesen, aus seiner Verantwortung vor Gott. Daraus ergibt sich für uns die Rechtfertigung das "C" im Namen unserer Partei zu führen und es wieder zu erneuern. Wenn es uns gelingt, dieses "C" wieder lebendig

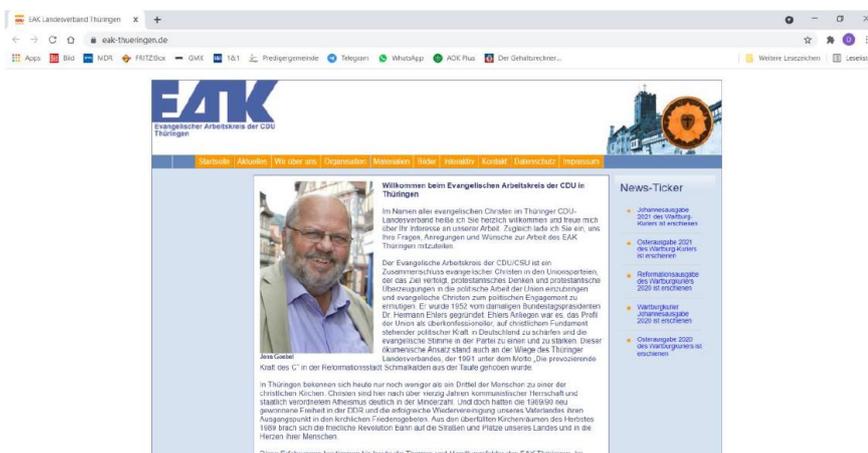
werden zu lassen - vor allem im Umgang miteinander - dann werden wir auch unseren Beitrag dazu leisten, die weit verbreitete Politikverdrossenheit zu überwinden und damit die geistige politische Führung in unserem Land zurückzugewinnen. Der Evangelische Arbeitskreis sollte für uns Chance und Herausforderung zugleich sein, aus christlichem Verständnis gemeinsam nach Lösungen bei politischen Entscheidungen zu suchen.

Bibel als Wegweisung

Die Antworten auf Sachfragen können wir nicht einfach aus der Bibel, wie aus einem Nachschlagewerk, ablesen. Aber die Bibel kann uns Wegweisung sein. Laufen müssen wir zum Ziel allerdings schon selbst.

Unser Christsein liefert uns bei all unserer Fehlbarkeit Orientierung und Maßstäbe, von uns zu verantwortende Lösungen zu finden.

Lassen Sie uns gemeinsam die Möglichkeiten des EAK nutzen und damit auch eine Form der politischen Auseinandersetzung finden, die sich wohltuend von manchem abhebt, was wir in letzter Zeit an schmerzlichen Erfahrungen gerade auch in unserer Partei durchlebt haben.



Der EAK Thüringen auch im Internet:
www.eak-thueringen.de

Europäische Union – Weltmacht der Demokratie

Ostern 2022 – inmitten von Krisen- und Kriegszeiten

von Marion Walsmann, Thüringer Europaabgeordnete (EVP-Fraktion)

Die Osterwoche erinnert uns Christen an Leiden, Sterben und Auferstehung Jesu. Jetzt, während Sie an Ihrem Bildschirm die Osterausgabe 2022 des Wartburgkuriers lesen, tobt mitten in Europa ein fürchterlicher Krieg. Der russische Überfall, Putins brutaler Angriffskrieg auf die Ukraine schafft jeden Tag neues Leid. Tausende Menschen sterben, Hunderttausende Menschen leben dort in Angst und Schrecken ohne Wasser, ohne Strom, ohne Medikamente, ohne Nahrungsmittel. Über drei Millionen Ukrainer sind auf der Flucht, die größte Flüchtlingsbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.

Wieviele Menschen sind bislang gestorben? Wir wissen es nicht, es werden Tag für Tag mehr. Putins Militär mit fremden mörderischen Söldnern führt dessen Befehl aus, die Ukraine in Schutt und Asche zu legen, ohne Rücksicht auf zivile Opfer. Ein sinnloser, ein grausamer Krieg. Massaker wie in Butscha und anderen



Orten der Ukraine, so etwas machen nur Kriegsverbrecher. Die Zeit wird kommen, in der Putins barbarische Gräueltaten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geahndet werden.

Das traurige Ende von 77 Jahren Friedensordnung in Europa

Was nicht nur mich persönlich als Europaabgeordnete besonders bedrückt, das ist die Tatsache, dass

dieser Angriffskrieg gegen die Ukraine und letztlich gegen die Werteordnung der gesamten westlichen Welt letztlich das Ende von 77 Jahren Friedensordnung in Europa bedeutet. Das werden einst die Historiker in den Geschichtsbüchern festhalten. Für mich war die Europäische Union schon immer weit mehr als eine wirtschaftliche und politische Union souveräner Staaten. Die EU war für mich von Anfang an eine Werteunion und Friedensunion. Doch nach 77 Jahren Weltmachtfrieden, dem längsten der Staatengeschichte, ist das Unvorstellbare, das Unfassbare zurück: ein Krieg mitten in Europa, entstanden aus einem ideologischen Großmachtwahn.

Auf einmal besinnt sich der Westen wieder auf Schiller: „Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“. Es steht nicht allein die Ukraine auf dem Spiel, sondern die Friedensordnung Europas und der westlichen Welt. Die mutigen Ukrainer verteidigen auch unsere freiheitliche Werteordnung.

„Du magst am Krieg nicht interessiert sein“, so hat es einmal Leon Trotzki gesagt, „aber der Krieg interessiert sich für dich“. Genau das ist die fatale Realität heute. Putins Raubzug gegen die Ukraine läuft seit Jahren mit dem Höhepunkt des Angriffskrieges gegen die Krim. Doch der des Kalten Krieges überdrüssige Westen hatte Carl von Clausewitz Diktum völlig verdrängt: „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln unter Beimischung von Blei“. Und aus dem Blei der Gewehrpatronen sind heute ferngesteuerte Raketen geworden mit nie gekannter Zerstörungsmacht.

Und wir hatten bei uns in Deutschland Jahrzehnte lang die „Friedendividende“ kassiert, wir hatten die Bundeswehr nach dem Ende des Kalten Krieges in Europa verkommen lassen, wir hatten die edle, vornehme Kultur der Zurückhaltung als höchste Moral zelebriert. Doch immerhin ist heute Realismus auch zum moralischen Prinzip geworden. Bundeskanzler Olaf Scholz hat dafür den Begriff „Zeitenwende“ geprägt. Neuere Umfragen bestätigen das Wunder, das der Ukrainekrieg in den Köpfen und Umfragen der Deutschen ausgelöst hat.

Laut Insa befürchten drei Viertel der Deutschen, Russland werde noch andere Länder angreifen, um die alte Sowjetunion wieder herzustellen. Die Hälfte spricht sich für die Wiederaufnahme der Wehrpflicht in Deutschland aus. Drei Fünftel lehnen russisches Erdgas ab. Und zwei Drittel glauben, Deutschland könnte sich gegen einen russischen Angriff nicht verteidigen. „Russlandversther“ tummeln sich fast nur noch bei der AfD und bei großen Teilen der Linken.

Interessant war es für mich, den Kommentar des großen britischen Historikers Tomothy Garton Ash über Putins Angriffskrieg auf die Ukraine in der Süddeutschen Zeitung zu lesen: „Dies ist nicht der Dritte Weltkrieg. Es ist jedoch bereits jetzt etwas sehr viel Ernsteres als die sowjetischen Invasionen 1956 in Ungarn und 1968 in die Tschechoslowakei. Die Kriege im früheren Jugoslawien in den Neunzigerjahren waren schrecklich, aber die damit verbundenen internationalen Gefahren hatten nicht diese Dimension. Russland ist nun der größte Schurkenstaat der Welt. Er wird regiert von einem Präsidenten,

Ukraine Hilfe konkret– zwei Beispiele



Thomas Knoll: *Der Krieg gegen die Ukraine bewegt uns alle. Wir sehen die schrecklichen Bilder zerstörter Städte und hören von den Schicksalen ukrainischer Flüchtlinge. Was tun? In der Reglergemeinde hat der Gemeindegemeinderat beschlossen, das Gästezimmer im Gemeindehaus für bis zu zwei aus der Ukraine geflohene Personen zur Verfügung zu stellen. Außerdem kam die Kollekte von rund 1.400 Euro anlässlich eines Benefizkonzerts des Luftwaffenmusikkorps Erfurt in der Reglerkirche der Diakonie für die Katastrophenhilfe zur Unterstützung der Menschen in der Ukraine zugute. Das sind kleine Zeichen der Nächstenliebe angesichts eines Krieges, den sich vor kurzer Zeit wohl noch niemand vorstellen konnte.*

Hans-Steffen Herbst: *In Rudolstadt ist die Turnhalle der Berufsschule als Erstaufnahmestelle umfunktioniert. Der erwartete Zulauf erfolgt nicht wie erwartet oder angekündigt. Irritiert waren die Helfer, so berichtete die OTZ, als die ersten Angekommenen gleich zum Bahnhof gingen und sich erkundigten, wie sie entweder in Ortschaften näher der Ukraine oder in größere Städte gelangen könnten. Irgendwie kann man diese Wünsche aber auch nachvollziehen.*

Ziel ist es natürlich, die Flüchtenden in Wohnungen unterzubringen. In der Stadt Saalfeld stehen gut 100 Wohnungen bereit, davon einige noch nicht möbliert, allerdings ist die Stadt dort mit tatkräftiger Unterstützung der Bevölkerung dran. In Bad Blankenburg sind durch private Initiativen aus der Landesportschule Flüchtende angekommen, die in Gästewohnungen der Diakonie mit Unterstützung aus der Bevölkerung untergekommen sind. Vorletzte Woche wurden sie in einem Gottesdienst feierlich begrüßt.

Die Sportschule aber auch viele Einzelpersonen organisierten Hilfstransporte für den Landkreis in der Partnerregion in Polen und der Ukraine. In Rudolstadt gibt es den Verein "Neue Nachbarn", der sich in der Flüchtlingswelle 2015 gebildet hat. Er ist nach wie vor aktiv und nun auch für ukrainische Geflüchtete da.



der das Gebiet des rationalen Kalkulierens verlassen hat.“ Dies schreibt einer der renommiertesten Historiker. Es wird vermutlich viele Jahrzehnte dauern, bis die Welt die Folgen aus dem 22. Februar, dem Tag des Überfalls auf die Ukraine, bewältigt haben wird. Die weltweite geostrategische Tektonik hat sich völlig verändert. Das hat auch Folgen für die EU. Aber auch für China.

EU und der Westen fest an der Seite der Ukraine

Putins Überfall auf die Ukraine hat die EU und den Westen so eng wie nie zuvor zusammengeschweißt. Dies reicht von den wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen bis hin zur militärischen Waffen-Unterstützung für die Ukraine, ohne dass die EU und die NATO zur Kriegspartei

werden wird. Das könnte sonst in der Tat einen Dritten Weltkrieg auslösen, was eine noch größere Katastrophe wäre.

In der Woche vor Ostern hat die EU bereits ihr fünftes Sanktionspaket beschlossen. Wir müssen Putin dort treffen, wo es ihm richtig weh tut. Durch die weltweiten Sanktionen könnte Putin sogar der Staatsbankrott drohen.

Das so genannte „Osterpaket der Bundesregierung“ soll die Energiewende massiv ankurbeln. Ziel ist es, bis 2030 mindestens 80 Prozent des Stromverbrauchs durch Erneuerbare Energien zu decken. Mit dem Green Deal und den Sanktionspaketen leistet auch die EU ihren Beitrag dazu, die Abhängigkeit Europas vom russischen Öl und Gas drastisch zu reduzieren und rasch zu beenden.

Das Europäische Parlament hat Anfang April über die Lage ukrainischer Kinder und Jugendlicher debattiert, die vor dem Krieg ins Ausland oder innerhalb der Ukraine fliehen mussten. Wir von der EVP-Fraktion haben hier eine klare Position bezogen. Europa steht an der Seite der Ukraine, auch indem wir den ukrainischen Kriegsflüchtlingen den Schutz bieten, den sie brauchen. Da ukrainische Männer unter 50 verpflichtet sind, in ihrem Land zu bleiben, um dieses zu verteidigen, sind die meisten Flüchtlinge Frauen und Kinder. Gerade für Kinder und Jugendliche kann es gravierende Folgen haben, so brutal aus ihrem gewohnten Umfeld gerissen zu werden und von heute auf morgen alles stehen und liegen lassen zu müssen, um plötzlich in einem neuen Land anzukommen.

men. Fernab bekannter Orte, bekannter Menschen und der bekannten Sprache. Von den Kriegserfahrungen und der Trauer über Kriegstote ganz zu schweigen. Es droht eine traumatisierte Generation.

Europa muss alles tun, um dies zu verhindern. Wir müssen den betroffenen jungen Ukrainerinnen und Ukrainern zur Seite stehen. Und dies beginnt mit einer systematischen Erfassung und Registrierung. Daran haben auch die Schutzsuchenden Interesse. Wenn niemand weiß, dass man da ist, bleibt man sich selbst überlassen. Wie soll der Staat sonst den für Kinder und Jugendlichen notwendigen Zugang zu Bildung organisieren? Es ist deshalb unbegreiflich, dass gerade Deutschland ukrainische Flüchtlinge bislang nicht systematisch registriert. Damit beweist nicht nur SPD-Innenministerin Faeser Verantwortungslosigkeit, sondern die Ampel-Regierung missachtet auch bestehende europarechtliche Vorgaben. Deutschland muss schnellstmöglich mit der Registrierung anfangen und bis dahin die EU-Außengrenzen-Staaten um Daten bitten, allein schon um die eigenen Kommunen nicht im Regen stehen zu lassen.

EU notwendiger und bedeutender denn je

Der Vertrag von Maastricht war vor 30 Jahren ein wichtiger Meilenstein beim Aufbau der Europäischen Union und legte den Grundstein für ein Europa mit einem gemeinsamen Pass, offenen Binnengrenzen und einer gemeinsamen Anstrengung der europäischen Regierungen, um ihre Wirtschaft voranzutreiben.

Die Europäische Union bildet den größten Binnenmarkt und die Werte der individuellen Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind nach wie vor attraktiv, aber unser

Modell steht längst nicht mehr unangefochten da.

Diese Legislaturperiode ist ein entscheidender Abschnitt, in dem die Weichen für die Zukunft der EU gestellt werden müssen. Im Osten Europas wird die Solidarität der Europäischen Gemeinschaft auf eine harte Probe gestellt, während China den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf immer erbitterter führt. Die neue politische Realität fordert uns als Europa ganz besonders, deshalb ist es wichtig, nun entschlossen und mit einer Stimme zu sprechen.

Putin fordert mit seinem Angriffskrieg Europa und die gesamte westliche Wertegemeinschaft heraus. Es ist wichtig, dass die EU eine starke Antwort auf diesen Angriff gibt, Sanktionen sind hierbei nur ein erster Schritt. Auch die USA sind herausgefordert und müssen ihr Verhältnis zu Europa neu überdenken.

Dies alles führt uns dazu, dass wir dafür sorgen müssen, dass Europa die Weltmacht der Demokratie ist und bleibt und sich nicht von Despoten und Tyrannen an seinen Grenzen einschüchtern lässt.

Wir dürfen uns auch im bürokratischen Klein-Klein nicht verlieren: unter anderem deshalb habe ich mich im Parlament einer parteiübergreifenden Gruppe angeschlossen, die einige Dinge reformieren und effektiver gestalten möchte: Brüssel muss da tätig werden, wo es die Nationalstaaten nicht alleine oder nur unzureichend können und sich auf das Wesentliche besinnen.

Darum lautet die Devise auch unserer CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament: „Think big!“ Uns geht es nicht um kleinere Anpassun-

gen, sondern um tiefgreifende Innovationen und Verbesserungen in der Struktur der EU und den legislativen Prozessen. Wir wollen z.B. den Europäischen Rat und den Rat der EU in einem neuen legislativen Oberhaus unter Beibehaltung des Namens „Europäischer Rat“ vereinigen.

Zudem möchten wir die Forderung nach einem vollständigen Initiativrecht für das Parlament aktiv einbringen, um das einzige demokratisch gewählte Gremium der EU zu stärken. Diesen Bericht zum Initiativrecht habe ich für die EVP-Fraktion betreut.



Marion Walsmann

Die erste Herausforderung meiner Arbeit im Europäischen Parlament war die Ausgestaltung des Corona-Wiederaufbaufonds und des Europäischen Finanzrahmens, was insgesamt mit 1,8 Billionen Euro das bisher größte Finanzpaket der Geschichte der EU darstellt (hiervon über eine Billion Euro Finanzrahmen, 750 Milliarden Wiederaufbaufonds). Hier habe ich mich dafür eingesetzt, den ursprünglichen Verteilerschlüssen für den Aufbaufonds für den Aufbaufonds zugunsten höherer Kredite zu verschieben.

Der Konsens über den beschlossenen EU-Haushalt zeigt: die EU hat das Potential und auch den Willen, ihre eigene Zukunft unabhängig von den USA, China und Russland zu gestalten und ihre Rolle zu stärken.

Die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola (EVP)

und die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen haben das stärkste und mutigste persönliche Zeichen der Solidarität mit der Ukraine gesetzt: Sie sind die ersten westliche Spitzenpolitikerinnen, die seit dem Massaker zu einem Solidaritätsbesuch nach Kiew zu Präsident Selenskyi gereist sind. Das zeigt Haltung und Mut!

Dass die EU sich künftig noch stärker auf ihre Rolle als Vermittler und

vor allem als Vorreiter konzentrieren muss, zeugt auch von ihrer wichtigen Rolle, die sie bei der Gestaltung internationaler Politik künftig spielen muss und wird.

Über 94 Prozent des EU-Haushalts kommen den Bürgerinnen und Bürgern, Regionen, Kommunen, Unternehmen und Landwirten in der EU zugute: die Europäische Union fördert in allen Mitgliedsstaaten viele tausend Projekte und Programme.

Der Austausch auf der regionalen Ebene ist entscheidend, um die Bodenhaftung bei der Ausgestaltung überregionaler Politik zu behalten und nicht das Wesentliche aus dem Blick zu verlieren: Europa hat die Aufgabe, das Leben seiner Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und ihnen Frieden, innere und äußere Sicherheit und Wohlstand zu gewährleisten.

Wir über uns



Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist ein Zusammenschluss evangelischer Christen in den Unionsparteien, der das Ziel verfolgt, protestantisches Denken und protestantische Überzeugungen in die politische Arbeit der Union einzubringen und evangelische Christen zum politischen Engagement zu ermutigen. Er wurde 1952 vom damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Hermann Ehlers gegründet. Ehlers Anliegen war es, das Profil der Union als überkonfessioneller, auf christlichem Fundament stehender politischer Kraft in Deutschland zu schärfen und die evangelische Stimme in der Partei zu einen und zu stärken. Dieser ökumenische Ansatz stand auch an der Wiege des Thüringer Landesverbandes, der 1991 unter dem Motto „Die provozierende Kraft des C“ in der Reformationsstadt Schmalkalden aus der Taufe gehoben wurde.

In Thüringen bekennen sich heute nur noch weniger als ein Drittel der Menschen zu einer der christlichen Kirchen. Christen sind hier nach über vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft und staatlich verordnetem Atheismus deutlich in der Minderzahl. Und doch hatten die 1989/90 neu gewonnene Freiheit in der DDR und die erfolgreiche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ihren Ausgangspunkt in den kirchlichen Friedensgebeten. Aus den überfüllten Kirchenräumen des Herbstes 1989 brach sich die friedliche Revolution Bahn auf die Straßen und Plätze unseres Landes und in die Herzen ihrer Menschen.

In Thüringen bekennen sich heute nur noch weniger als ein Drittel der Menschen zu einer der christlichen Kirchen. Christen sind hier nach über vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft und staatlich verordnetem Atheismus deutlich in der Minderzahl. Und doch hatten die 1989/90 neu gewonnene Freiheit in der DDR und die erfolgreiche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ihren Ausgangspunkt in den kirchlichen Friedensgebeten. Aus den überfüllten Kirchenräumen des Herbstes 1989 brach sich die friedliche Revolution Bahn auf die Straßen und Plätze unseres Landes und in die Herzen ihrer Menschen.

Der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises in Thüringen

Vorsitzender: *Prof. Dr. Jens Goebel (Schmalkalden)*

Stellvertreter: *Hildigund Neubert (Limlingerode), Volker Heerdegen (Apolda)*

Beisitzer: *Dr. Detlef Baer (Erfurt), Tillmann Bauer (Erfurt), Dr. Ulrich Born (Ilmenau), Dr. Karl-Eckhard Hahn (Stotternheim), Hans-Steffen Herbst (Königsee), Gudrun Holbe (Artern), Jörg Kellner (Zimmernsupra), Christian Klein (Gera), Dr. Thomas Knoll (Erfurt) und Johannes Selle (Sondershausen)*

Verantwortliche dieser Ausgabe

Prof. Dr. Jens Goebel

Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen
(Redaktion)

Dr. Detlef Baer

Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen
(Satz + Layout)

Autoren dieser Ausgabe

Dr. Ulrich Born

Justizminister a. D., Mitglied des EAK-Landesvorstands Thüringen

Prof. Dr. Jens Goebel

Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen

Johannes Haak

Superintendent a.D.

Hans-Steffen Herbst

Mitglied des EAK-Landesvorstands Thüringen

Thomas Knoll

Mitglied des EAK-Landesvorstands Thüringen

Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU, Religionspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied im Rat der EKD

Jürgen Scharf

Mitglied des EAK-Landesvorstands Sachsen-Anhalt

Marion Walsmann

Thüringer Europaabgeordnete (EVP-Fraktion)

Evangelischer Arbeitskreis (EAK) der CDU Thüringen

Landesgeschäftsstelle

Friedrich-Ebert-Straße 63

99096 Erfurt

www.eak-thueringen.de

Mail: eak-thueringen1@online.de